

Kommentar

**Hannes Androsch**



# Exzesse und Schiefelage

„Der Zustand des Geldwesens eines Volkes ist Symptom aller seiner Zustände“, meinte Josef Schumpeter. Die öffentlichen Finanzen sind ein wesentlicher Teil des Geldwesens. In Österreich betragen 2016 die öffentlichen Ausgaben 51,1% der Wirtschaftsleistung. Unsere öffentlichen Haushalte waren allerdings schon in deutlich besserer Verfassung. Wohl gibt es zahlreiche schlechtere Beispiele, vor allem aber auch deutlich bessere wie die Schweiz, Deutschland, die Niederlande oder Schweden.



Andere Länder wie die Schweiz beweisen, dass auch in unseren Zeiten solide Staatsfinanzen möglich sind.

Diese beweisen, dass auch in unseren Zeiten solide Staatsfinanzen möglich sind. Unsere jedenfalls sind in deutlicher und immer größerer Schiefelage bei gleichzeitiger sträflicher Vernachlässigung der Zukunftsaufgaben.

Dies obwohl wir unter einer Steuerbelastungsquote von 44% stöhnen. Dennoch wird auch in Jahren guter Konjunktur der Schuldenberg immer höher. Dies hat entsprechend steigende Zinszahlungen des Staates zur Folge. 2016 waren es 7,3 Mrd. im Bundesbudget - trotz eines

rekordtiefen Zinsniveaus. Bei einer Normalisierung desselben wird sich dieser Betrag mehr als verdoppeln. Diese drohende Ausgabenlawine zusammen mit den enorm steigenden Pensionszuschüssen, die jetzt schon ein Viertel der Bundesausgaben ausmachen, führen zu einer finanziellen Katastrophe, wenn wir weitermachen wie bisher.

So ist es verständlich, wenn der Finanzminister angesichts des innenpolitischen Kuddelmuddels vor Ausgabenexzessen noch vor den Nationalratswahlen warnt, so wie dies im September 2008 der Fall war. Ausgabenexzesse hat es aber auch mit der unheilvollen „Hacklerregelung“ für den öffentlichen Dienst als Ausweitung unseres Frühpensionseldorados gegeben, die uns 2,5 Mrd. Euro kosten. Im Juli 2016 wurde so nebenbei beschlossen, die Mittagspause im öffentlichen Dienst zu bezahlen, Kosten 640 Mill. Euro. Im Dezember dann wurden nonchalant 200 Mill. Euro für den Pensionshunderter vorgesehen und fast 100 Mill. Euro Sozialversicherungsrabatt für die gesamte Landwirtschaft wegen des zeitweise gesunkenen Milchpreises. Jüngst hinzugekommen sind 2 Mrd. Euro Ausgaben für den Beschäftigungsbonus, obwohl sich endlich auch bei uns die Konjunktur gebessert hat. Von diesem Ausgabenbrocken werden 95% Mitnahmeeffekt sein, ohne damit einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz

zu schaffen.

Stiefmütterlich behandelt hingegen werden chronisch die Universitäten und die Grundlagenforschung. Außerdem fehlt es an elementarpädagogischer Vorschulbetreuung. Mit 6% der Wirtschaftsleistung geben wir mehr als ein Viertel weniger für öffentliche Investitionen aus als es dem EU-Durchschnitt (8,2%) entspricht, für den Ausbau des Digitalnetzes nur ein Zehntel dessen, was Deutschland aufwendet. Es fehlt insgesamt an allen Ecken, an sinnvollen Ausgabenprioritäten, an Ausgabeneffizienz und vor allem Ausgabedisziplin.

Die Folge davon ist eine exorbitante Steuerbelastung mit schikanöser leistungsbehindernder und wettbewerbsverschlechternder Steuereinhebung wie z. B. mit der sogenannten Gegenfinanzierung.

Dass solcherart Handlungsbedarf besteht, ist offensichtlich. Die Wählerschaft hat Anspruch zu erfahren, welche Lösungsvorschläge die Wahlwerber anbieten. Es geht nicht um neue Ankündigungen, aus denen keine Taten folgen, sondern um konstruktive Inhalte, die dann auch umgesetzt werden. Nur mit solchen wird man die Schiefelage der öffentlichen Haushalte überwinden und solide Staatsfinanzen schaffen. Nur so kann man das Sozialsystem resilient und die Steuerlast erträglich machen - und vor allem endlich mehr in die Zukunft investieren.

markt@vn.at

Dr. Hannes Androsch ist Finanzminister i. R. und Unternehmer.